



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 15. Sitzung des Stadtrates (SR/015/2020)

am Donnerstag, 3. September 2020,

16:00 Uhr

**MESSE Dresden, Halle 3
Messering 6, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Dirk Hilbert

Beigeordnete

Jan Donhauser

Eva Jähnigen

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Annekatri Klepsch

Dr. Peter Lames

Raoul Schmidt-Lamontain

Detlef Sittel

Fraktion Freie Wähler Dresden

Susanne Dagen

Jens Genschmar

Frank Hannig

Torsten Nitzsche

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

Veit Böhm

Dr. Hans-Joachim Brauns

Matthias Dietze

Ingo Flemming

Mirko Göhler

Manuela Graul

Steffen Kaden

Peter Krüger

Petra Nikolov

Mario Schmidt

Anke Wagner

Daniela Walter

Silvana Wendt

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel

Pia Barkow

Christopher Colditz

Dr. Margot Gaitzsch

Katharina Hanser

Magnus Hecht

Anne Holowenko

Tilo Kießling
Leo Lentz
Jens Matthis
André Schollbach
Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger
Ulrike Caspary
Dr. Wolfgang Deppe
Christiane Filius-Jehne
Susanne Krause
Johannes Lichdi
Thomas Löser
Andrea Mühle
Dr. Anja Osiander
Agnes Scharnetzky
Tanja Schewe
Robert Schlick
Michael Schmelich
Torsten Schulze
Tina Siebeneicher

SPD-Fraktion

Vincent Drews
Stefan Engel
Dana Frohwieser
Richard Kaniewski
Kristin Sturm
Dr. Viola Vogel

FDP-Fraktion

Christoph Blödner
Franz-Josef Fischer
Holger Hase
Robert Malorny
Holger Zastrow

Fraktion Alternative für Deutschland

Wolf Hagen Braun
Falk Breuer
Harald Gilke
Dipl.-Ing. Thomas Ladzinski
Bernd Lommel
Monika Marschner
Heiko Müller
Christian Pinkert
Matthias Rentzsch

Dr. Silke Schöps
Uwe Vetterlein
Alexander Wiedemann

fraktionslose Stadträte
Maximilian Aschenbach
Dr. Martin Schulte-Wissermann

Schriftführer/-in:

Frau Gertig
Frau Ulbrich
Frau Vetter

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse
- 2 Bericht des Oberbürgermeisters
- 3 Aktuelle Stunde zum Thema "Wie viel Marktwirtschaft ist für ein soziales Dresden nötig?" **A0107/20
beschließend**
- 4 Aktuelle Stunde zum Thema: „Klimaschutz in und nach der Corona-Pandemie“ **A0110/20
beschließend**
- 5 Nachbesetzung eines Mitgliedes des Verwaltungsrates der Ost-sächsischen Sparkasse Dresden **V0483/20
beschließend**
ÄRat 17.08.
- 6 Nachwahl einer Vertretung für den Oberbürgermeister in die Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe **V0484/20
beschließend**
ÄRat 17.08.
- 7 Tagesordnungspunkte ohne Debatte
- 8 Vertagungen der Stadtratssitzung vom 16./17. Juli 2020
- 8.1 Gemeinwohl-Ökonomie in Dresden stärken **A0577/19
beschließend**

8.2	Verwaltungszentrum Ferdinandplatz – Moratorium Wettbewerblischer Dialog	A0033/20 beschließend
8.3	Fortschreibung des Straßenbaumkonzeptes der Landeshauptstadt Dresden	V0241/20 beschließend
8.4	Einführung der 5G-Technologie in Dresden – Bürger umfassend beteiligen und entscheiden lassen	A0002/19 beschließend
8.5	Bäume für Dresden - Förderprogramm zur Schaffung von zusätzlichem Stadtgrün auf privaten Flächen	A0006/19 beschließend
8.6	Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Beräumung von Verkehrshindernissen (E-Scootern)	A0010/19 beschließend
8.7	Elektrokleinstfahrzeuge in Dresden	A0031/20 beschließend
8.8	Wald erfahren – Waldpädagogisches Zentrum in der Dresdner Heide etablieren	A0035/20 beschließend
8.9	Weiterentwicklung der Förderung des bürgerlichen Engagements	A0065/20 beschließend
8.10	Ein Netz für alle - Bildungsgerechtigkeit in Dresden fördern	A0071/20 beschließend
8.11	Temporäre Außerkraftsetzung der Regelung zur jährlichen Anpassung der Entschädigungshöhe in der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger	A0086/20 beschließend
8.12	Corona-bedingte Anpassung der Pauschalentschädigungen für Stadträte	A0074/20 beschließend
8.13	Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dresden	A0080/20 beschließend
8.14	Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Dresden für die Jahre 2021 und 2022	A0096/20 beschließend
8.15	Sozialen Wohnungsbau mit ökologisch und städtebaulich innovativem Quartier voranbringen - Aufstellungsbeschluss für Globus-Markt am Leipziger Bahnhof aufheben	A0597/19 beschließend
8.16	Neue Wohnbauflächen in der Neustadt entwickeln!	A0611/19 beschließend

8.17	Umplanung Magdeburger Straße: Zwei MIV-Spuren reichen - Straßen für Alle durch rationale Verkehrsplanung	A0613/19 beschließend
8.18	Einrichtung von eingezäunten Hundeparks/-spielplätzen in der Landeshauptstadt Dresden	A0632/19 beschließend
9	Zulassung von Feuerwerken in Dresden	A0100/20 beschließend
10	Verlängerung des 586. Striezelmarktes im Jahr 2020	A0108/20 beschließend
11	Verlängerung der thematischen Weihnachtsmärkte Dresdens im Jahr 2020	A0109/20 beschließend
12	Rettung der Sächsischen Dampfschiffahrt	A0111/20 beschließend

öffentlich

Einleitung:

Herr Oberbürgermeister Hilbert eröffnet die 15. Sitzung des Stadtrates. Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgemäße Ladung fest.

Die Tagesordnungspunkte 8.4, 8.15, 8.16 und 8.17 werden auf Wunsch der Einreicher von der heutigen Stadtratssitzung genommen. Der TOP 12 wird vom Einreicher zurückgezogen. Sowohl die TOPs 8.6 und 8.7, als auch die TOPs 8.11 +8.12 und die TOPs 10 und 11 werden jeweils gemeinsam behandelt.

In Bezug auf den Eilantrag der AfD-Fraktion fehle es Herrn Oberbürgermeister Hilbert an Eilbedürftigkeit. Es gebe keine Rechtfertigung 4 Tage vor Schließung den Stadtrat damit zu beschäftigen.

Herr Stadtrat Schollbach erwartet, dass Herr Oberbürgermeister Hilbert zum TOP 2 den Finanzzwischenbericht vorstellen wird.

Frau Stadträtin Dr. Schöps beantragt eine Schweigeminute für den 6-jährigen Jungen, der wohl durch ein illegales Autorennen zu Tode gekommen sei.

Herr Stadtrat Hase bittet um Rederecht für Herrn Marc Arendt zum TOP 10 und 11. Des Weiteren soll dieser im Anschluss an die Pause aufgerufen werden.

Herr Stadtrat Schulze beantragt für den TOP 8.1 ein Rederecht für Herrn Thomas Schindhelm.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht für Marc Arendt mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Rederecht für Herrn Schindhelm mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag, dass die TOP's 10 und 11 gemeinsam nach der Pause behandelt werden mehrheitlich zu.

Herr Oberbürgermeister bedauert den Unfall sehr, hält eine Schweigeminute im Stadtrat nicht für angemessen, da dies bisher nur bei Todesfällen von Ratsmitgliedern praktiziert wurde.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Tagesordnung mit 68 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Herr Oberbürgermeister Hilbert eröffnet die Sitzung des Stadtrates.

1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Herr Oberbürgermeister Hilbert gibt folgende nicht öffentlich gefasste Beschlüsse der Sitzung des Stadtrates am 16./17.07.2020 bekannt:

- Besetzung der Stelle „Amtsleiter/-in“ im Schulverwaltungsamt
- Besetzung der Stelle „Amtsleiter/-in“ im Bürgermeisteramt
- Besetzung der Stelle „Amtsleiter/-in“ im Straßen- und Tiefbauamt
- Bestellung des Geschäftsführers der Verkehrsmuseum Dresden gGmbH

2 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Hilbert weist Herrn Stadtrat Schollbach darauf hin, dass der Finanzzwischenbericht in der kommenden Sitzung zur Verfügung stehen werde und somit die Transparenz gegeben sei.

Herr Bürgermeister Dr. Lames geht kurz auf die wesentlichen Inhalte des Finanzzwischenberichtes ein.

3 Aktuelle Stunde zum Thema "Wie viel Marktwirtschaft ist für ein soziales Dresden nötig?"**A0107/20
beschließend**

Frau Stadträtin Dr. Vogel stellt den Inhalt des Antrages vor und geht dabei auf die Vorteile der sozialen Marktwirtschaft ein. Dieses System wird durch die Bürger*innen getragen und sollte daher auch finanzielle Unterstützung finden. Besonders in Zeiten der Corona - Pandemie habe

man gesehen, wie wichtig z. B. der Gesundheitssektor ist und dass das Pflege- und Gesundheitspersonal mehr Aufmerksamkeit und finanzielle Hilfe benötige.

Das Soziale sollte in der sozialen Marktwirtschaft wieder in den Vordergrund gerückt werden, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern und damit auch die Mitarbeiter*innen zu motivieren. Die SPD-Fraktion werde sich in den Haushaltsdebatten dafür einsetzen, dass keine Personengruppe vernachlässigt wird, sondern soziale Aspekte berücksichtigt werden.

Für **Herrn Stadtrat Malorny** ist dieser Antrag Stimmungsmache seitens der SPD-Fraktion. Er stimmt den Aussagen der Vorrednerin nicht zu. Die Menschen wünschen sich nicht mehr, sondern weniger staatliche Eingriffe in die Wirtschaft. Wirtschaftswachstum sei wichtig für die Gesellschaft, um Arbeitsplätze zu sichern und Schulden nach einer Krise tilgen zu können. Wirtschaftswachstum sei immer im Sinne des Gemeinwohls. Er betont, dass es ohne wirtschaftliche Leistungsträger keine soziale Marktwirtschaft gebe.

Herr Stadtrat Hannig bezweifelt den rechtlichen Sinn dieses Antrages. In Deutschland ist formal jede Wirtschaftsordnung zulässig, solange die Grundrechte nicht verletzt werden. Natürlich sei es sinnvoll die sozialen Aspekte zu stärken, eine freie Marktwirtschaft darf dabei jedoch nicht gefährdet werden. Dieser Antrag könne nicht auf kommunaler Ebene umgesetzt werden, da Bundesgesetze betroffen sind. Wichtig sei es nach der Corona-Pandemie schnelle Hilfe für alle Betroffenen zu leisten, dies müsse im Fokus des Stadtrates stehen.

Herr Stadtrat Schmelich bemängelt den Titel des Antrages, er impliziere, dass die Marktwirtschaft für ein soziales Dresden sorgen könne. Der Markt sei kein geeignetes Instrument um soziale Ungleichheiten auszugleichen. Eine gut funktionierende Wirtschaft schaffe Einnahmen für die öffentliche Hand und gibt der Stadt die Möglichkeit für eine sozial gerechte Daseinsvorsorge zu sorgen. Eine Voraussetzung für Hilfen in Krisenzeiten, sei eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, dies müsse man bedenken. Der Stadtrat müsse nun im Doppelhaushalt genau schauen, wohin die Mittel verteilt werden.

Herr Stadtrat Kaden erläutert, dass die derzeitige Krise deutlich den ökonomischen Zusammenhang aufzeige. Wenn die Wirtschaft gestoppt wird und die Wirtschaftsleistung zurückgeht, so spüren das auch die Kommunen. Aufgrund der wirtschaftlichen Stärke von Deutschland war es möglich, Hilfspakete für Unternehmen bereitzustellen. Auch die CDU-Fraktion ist für eine soziale Marktwirtschaft. Er weist darauf hin, dass viele Mittel im Dresdner Haushalt dem sozialen Bereich zu Gute kommen. Er geht auf die einzelnen Punkte der Begründung des Antrages ein.

Herr Stadtrat Lommel definiert, was sozial und Marktwirtschaft ist. Soziale Gerechtigkeit dürfe nicht als Ausbeutung des Mittelstandes übersetzt werden. Man müsse sich entscheiden zwischen Markt oder Befehl/ Freiheit oder Sozialismus. Er entscheide sich dabei klar für die Freiheit.

Herr Stadtrat Schollbach berichtet von einem großen Einkommensungleichgewicht in der Gesellschaft. Dem ökonomischen Nutzendenken und der Durchkommerzialisierung der Gesellschaft müsse eine Grenze gesetzt werden. Das Gemeinwohl müsse wieder der Mittelpunkt des politischen Handelns werden, nicht die einseitigen Profitinteressen. Dazu könne man auch auf kommunaler Ebene beitragen.

4 Aktuelle Stunde zum Thema: „Klimaschutz in und nach der Corona-Pandemie“**A0110/20
beschließend**

Herr Stadtrat Dr. Deppe erklärt, dass man trotz der Corona-Krise die Klimakrise nicht vergessen dürfe. Die Erderwärmung und die Veränderung des Klimas schreiten schnell voran und man könne die Folgen auch in Dresden erleben. Weltweit sei man weit davon entfernt, das 1,5 Gradziel zur Begrenzung der Erderwärmung auf welches sich die Staaten auf der Klimakonferenz 2015 verpflichtet haben, zu erreichen. In Dresden müsse man schneller mit dem Einsatz erneuerbarer Energien vorankommen und das Solardachprogramm müsse ausgeweitet werden. Der städtische Energieversorger DREWAG müsse noch entschlossener den Weg zur Klimaneutralität beschreiten und entsprechend investieren. Man brauche einen Wärmeplan für die Stadt und man solle mehr in die energetische Sanierung von alten Schulen, Kitas und anderen städtischen Gebäuden investieren. Die Bedingungen für den ÖPNV und Fahrradverkehr müsse man weiter verbessern um den motorisierten Individualverkehr nachhaltig zu reduzieren. Er vertritt dann Standpunkt, dass man mehr Grünanlagen schaffen müsse und mehr Straßenbäume pflanzen solle. Ebenfalls wichtig seien Dachbegrünungen und Fassadenbegrünungen bei Neubauten. Er ist überzeugt davon, dass die Handlungsmöglichkeiten sehr groß seien. Jedoch erfordern sie, dass man die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung habe.

Herr Stadtrat Blödner findet, dass die Corona-Pandemie zu einem sehr umfassenden Klimaschutz geführt habe. Der Verkehr habe sich halbiert, Flugreisen und Tourismus seien ausgesetzt und Fabriken habe man heruntergefahren. Corona habe aber auch sehr deutlich gezeigt, dass Verzicht kein Weg für nachhaltigen Klimaschutz sei. Denn die daraus entstehenden Folgen, wie beispielsweise die Steigerung der Arbeitslosigkeit und das Erliegen kommen der Kultur durch fehlende Veranstaltungen, seien massiv. Eine funktionierende Wirtschaft sei die Voraussetzung um Klimaschutz fortzuführen. Die Möglichkeiten der städtischen Handhabung seien stark begrenzt. Vieles sei Bundes- oder Weltpolitik aber auch, dass Verhalten jedes Einzelnen. Es stelle sich vielmehr die Frage, wie die Stadt die Rahmenbedingungen für Technologie und Innovation verbessern könne. Man müsse stadtweite Verkehrslösungen vorantreiben und Kompromisse finden, welche für jeden Verkehrsteilnehmer*in Verbesserungen bringen und damit auch für den Klimaschutz. Verkehrspolitik im ökologischen Sinne funktioniere nur, wenn man alle Verkehrsteilnehmer*innen berücksichtigt und im gesamten Kontext der Stadt denkt. Dafür stehe die FDP-Fraktion. Er ist überzeugt davon, dass man realistische konkrete Maßnahmen langfristig umsetzen müsse um den Klimaschutz voranzutreiben.

Frau Stadträtin Dagen geht auf das Thema Baumpflanzungen ein, welches im Antrag zur aktuellen Stunde aufgegriffen wird. Sie erläutert aus der Vorlage V0241/20 Straßenbaumkonzept, dass zwischen 1994 und 2009 pro Jahr in Dresden circa 1 500 Bäume neu gepflanzt wurden. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Straßenbaumkonzeptes 2009 überwog deshalb der Anteil von Jungbäumen. Ab 2010/2011 kehrte sich dieses Verhältnis um. Der Jungbaumanteil ging zurück, da auch die jährlichen Zuwachsraten wegen finanzieller Zwänge und verschiedenster Restriktionen schrumpften. Sie schwanken zwischen 800 und 350 Stück pro Jahr. Sie verweist hier auf den Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler zu o. g. Vorlage. Man müsse konsequent auf Stadtgrün setzen, hier sei der Ferdinandplatz eine gute Möglichkeit. Auch das Thema Radverkehr sei hier zu erwähnen. Sie zitiert aus einem Beschluss von 2009, wo eine genehmigungsfähige Planung für den Elbradweg gefordert wird. Dieser sei nach nunmehr elf Jahren noch immer nicht

umgesetzt. Die Fraktion Freie Wähler ist der Meinung, dass die Mitglieder des Stadtrates mehr Druck auf die Verwaltung ausüben müssen damit Beschlüsse zeitnah umgesetzt werden.

Herr Stadtrat Böhm ist der Meinung, dass die Debatte zu früh sei. Er findet, dass an Fakten bereits alles durch seine Vorredner*innen gesagt worden sei, Überwärmung der Innenstadtquartiere, Baumsterben usw. Der Stadtrat müsse im Rahmen seiner Möglichkeiten nach Lösungen suchen. Er geht auf einige inhaltliche Punkte des beschlossenen Energie- und Klimaschutzkonzeptes ein. Die CDU-Fraktion halte wenig davon, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in die Geschäftspolitik der städtischen Unternehmen einzugreifen. Außerdem halte man den Bau von Windkraftanlagen im Hochland für wenig sinnvoll. Die in kürze beginnenden Debatten zum Haushalt seien der richtige Zeitpunkt, um über machbare Maßnahmen und deren Finanzierung zu beraten. Hier gelte es abzuwägen zwischen mehr Klima- und Umweltschutz und den städtischen Pflichtaufgaben. Der CDU-Fraktion ist eine seriöse und solide städtische Investitions- und Haushaltspolitik wichtig.

Herr Stadtrat Braun ist der Meinung, dass seit Jahren ein immer gleiches Maßnahmebündel gefordert werde. Er begründet seine Aussage an verschiedenen Beispielen. Würde man die geforderten Maßnahmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen flächendeckend umsetzen, werde die Wettbewerbsfähigkeit Schaden nehmen und Bürger*innen zahlen mehr Abgaben. Dem Klima was man retten wolle, werde dadurch nicht geholfen.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch erklärt, dass Klimaschutz in und nach der Corona-Pandemie für die Stadt Dresden eine Aufgabe mit höchster Priorität sein müsse. Sie geht auf die Fahrradproblematik ein, bereits gefasste Beschlüsse seien bis heute nicht umgesetzt. Mehr Fahrradfahrer*innen seien wichtig für den Klimaschutz, hier müsse endlich etwas passieren. Man müsse bei allen Maßnahmen das Wohl der Menschen, welche in Dresden leben beachten.

Herr Stadtrat Engel geht auf den Redebeitrag von Frau Dr. Gaitzsch ein. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei es relevant, dass man den Klimaschutz in seiner kompletten Breite erfasse. Massiven Nachholbedarf gebe es im Bereich Verkehr um CO₂ Einsparungen. Gute Fortschritte habe man beim Thema Gebäude und Industrie gemacht. Er widerspricht der Aussage von Herrn Stadtrat Blödner. Er ist der Meinung, man habe als Stadt sehr wohl Möglichkeiten beim Thema Verkehr mitzugestalten. Weiterhin vertritt die SPD-Fraktion den Standpunkt, dass Klimaschutz eine Aufgabe für alle Bereiche der Stadtverwaltung sei. Klimaschutz sei auch eine soziale Frage, es gehe immer darum bei der Durchführung die soziale Frage nicht aus dem Blick zu verlieren. Wenn diese Maßgaben im nächsten Doppelhaushalt Beachtung fänden, ist er überzeugt davon, dass man einen großen Schritt vorankomme.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain geht auf die angesprochenen Themen des Radverkehrs ein. Klimawandel sei die zentrale Herausforderung für die Gesellschaft. Er geht auf die verschiedenen Probleme des Klimawandels ein, welche elementare Auswirkungen auf das alltägliche Leben haben. Die Verwaltung schreibe derzeit das Energie- und Klimaschutzkonzept fort, die Vergabe werde Ende 2020 erfolgen. Die Forderung, vor Beginn der Haushaltsdebatten einen Zwischenbericht zu erhalten, werde in Kürze vorgelegt. Das Ausweichen in Landschaftsschutzgebiete könne nicht die Lösung sein. Bei den bevorstehenden Haushaltsdiskussionen dürfe man nicht nur über den Umgang mit der Corona-Pandemie sprechen, wichtig sei es den Klimaschutz zu beachten.

5 Nachbesetzung eines Mitgliedes des Verwaltungsrates der Ost-sächsischen Sparkasse Dresden

**V0483/20
beschließend**

1 Mandat Beschlusspunkt 1 c) Stellvertreter/-in für die Gruppe der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates	2 Mandate Beschlusspunkt 1 d) Gruppe der übrigen weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates
Mitglieder	Mitglieder
Agnes Scharnetzky (bisher: Dr. Anja Osiander)	Dr. Anja Osiander (bisher: Michael Schmelich)
	Dr. Jörg Dittrich

Der Stadtrat einigt sich mit 55 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

Beschluss:

Der Stadtrat weist die Vertreter/innen der Landeshauptstadt Dresden in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden an, bei der dort anstehenden Wahl von einem übrigen weiteren Mitglied des Verwaltungsrates der Ost-sächsischen Sparkasse Dresden gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 11 Abs. 1 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (ÖRKredInstG) für folgende Person zu stimmen:

Frau Stadträtin Agnes Scharnetzky

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 55 Nein 0 Enthaltung 3

6 Nachwahl einer Vertretung für den Oberbürgermeister in die Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe

**V0484/20
beschließend**

Der Stadtrat einigt sich mit 51 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt folgendes Stadtratsmitglied als Vertretung des Oberbürgermeisters in die Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe:

Frau Dr. Anja Osiander

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 51 Nein 0 Enthaltung 12

7 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

entfällt

8 Vertagungen der Stadtratssitzung vom 16./17. Juli 2020

8.1 Gemeinwohl-Ökonomie in Dresden stärken

**A0577/19
beschließend**

Herr Stadtrat Schulze stellt den interfraktionellen Antrag vor. Er geht darauf ein, dass das Konzept der Gemeinwohl Ökonomie besonders gut mit Forderungen der Fridays-for-Future Bewegung vereinbar sei. Laut einer Umfrage wünschen sich 88 % der Deutschen ein faireres Wirtschaftssystem, damit stehe Deutschland und auch Dresden vor einer großen Herausforderung. Ziel sei es Dresdner Unternehmen mit dem Modell der Gemeinwohlökonomie Bekannt zu machen. Er bittet um Zustimmung auf der Grundlage des Ersetzungsantrages vom 30. Oktober 2019.

Herr Schindhelm erhält Rederecht und stellt sich dem Rat vor. Wichtig sei es, so legt er dar, die Wirtschaft einzubinden, um die Ziele der Gemeinwohlökonomie zu erreichen. Das Modell bezieht sich vor allem auf den Bereich zwischen Arbeit und Freizeit, um die Zufriedenheit der Menschen zu steigern. Diese Zufriedenheit steigert das Eigenengagement der Mitarbeiter*innen und führt insgesamt zu einer förderlichen wirtschaftlichen Wahrnehmung. Senkung der Krankstände, Rückgang von Arbeits- und Vertragsrechtverfahren, Senkung der Fluktuation und ein Anstieg von Initiativbewerbungen seien dabei nur einige positive Aspekte der Gemeinwohlökonomie. Ziel sei es, dass Dresden ein Vorreiter in Sachsen für die positiven Veränderungen der Gemeinwohlökonomie werde.

Herr Stadtrat Kaden betont, dass dieses Anliegen keiner Zustimmung des Stadtrates bedarf. Jedes Unternehmen könne sich selbst den Zielen der Gemeinwohlökonomie verschreiben. Die Ziele seien durchaus positiv, jedoch sollte dies nicht mit Steuergeldern umgesetzt werden, indem Pilotprojekte und Fachtage initiiert werden. Dem werde die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Pinkert erläutert, dass die AfD-Fraktion diesen Antrag nicht unterstützen werde. Der Antrag impliziere, dass das derzeitige Wirtschaftssystem unsozial und menschenunwürdig sei. Dem widerspricht er. Jede Entscheidung der Unternehmen müsste dann nach der Gemeinwohlabilanzierung getroffen werden. Der Antrag sei ein Eingriff in die Steuerung und Entwicklung von Firmen und ein Schritt in den Sozialismus. Die AfD-Fraktion ist für eine freie Marktwirtschaft unter Beachtung sozialer Belange.

Herr Stadtrat Schollbach geht auf die Vorredner ein und stellt klar, dass die Stadt lediglich prüfen solle, inwieweit man das Modell der Gemeinwohlokonomie in städtischen Eigenbetrieben umsetzen könne. Er stellt die einzelnen Punkte des Antrages vor. Ziel des Antrages sei es, dass die Stadt Dresden als positives Beispiel für andere Unternehmen vorangehe.

Frau Stadträtin Sturm wirbt für die positiven Aspekte der Gemeinwohlokonomie. So stehe damit nicht mehr die Profitmaximierung, sondern Nachhaltigkeit und Solidarität im Vordergrund. Sie betont, dass es einem Umdenken bedarf, damit Firmen Geld investieren, um die sozialen Belange und das Handwerk zu stärken, anstatt Geld einzusparen und billig zu produzieren.

Herr Stadtrat Blödner erläutert, dass die Umsetzung der Ziele der Gemeinwohlokonomie jedem Einzelnen möglich seien. Die soziale Marktwirtschaft biete den entsprechenden Raum dafür. Er stimmt Herrn Stadtrat Kaden zu, dass hier kein politischer Eingriff notwendig sei. Vielmehr müssen die Unternehmen von den Vorteilen überzeugt werden. Fraglich sei, warum die Stadt dies mittels Fachtagungen übernehmen müsse. Die FDP-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Aschenbach spricht sich für den Antrag und die damit aufgeführten Vorteile aus.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann erläutert die Definition der Gemeinwohlokonomie. Demnach sei das Wohl des Menschen und der Umwelt das Ziel des Wirtschaftens. Auch er geht auf die positiven Aspekte ein. Die Zufriedenheit und Wertschätzung der Mitarbeiter*innen führe zu einer Leistungssteigerung und mindere die Krankenraten und Ausfälle. Des Weiteren sei es zukünftig wichtig die Umweltressourcen und damit die Grundlagen der Wirtschaft zu schonen und nachhaltig zu handeln. Er wirbt um Zustimmung des Antrages.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den interfraktionellen Ersetzungsantrag mit 34 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt dem federführenden Ausschussbericht des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen) mit 35 Ja-Stimmen 34 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 34 Nein 35 Enthaltung 0

8.2 Verwaltungszentrum Ferdinandplatz – Moratorium Wettbewerblischer Dialog

A0033/20
beschließend

Herr Stadtrat Nitzsche bringt den Ersetzungsantrag der Fraktion Freie Wähler ein. Man fordere mit dem vorliegenden Antrag eine fundierte Übersicht der Kosten für Investitionen, als Grundlage für die bevorstehende Haushaltsdebatte. Die Fraktion Freie Wähler halte die derzeitige Planung, für ein Verwaltungsgebäude an dieser Stelle für sehr problematisch.

Herr Stadtrat Wirtz erläutert, dass aus seiner Sicht das Vorhaben bereits vor Baubeginn finanziell, wirtschaftlich und politisch gescheitert sei. Seine Aussage begründet er detailliert. Die Fraktion Die Linke. stelle das Projekt nicht gänzlich in Frage. Jedoch benötige man einen neuen transparenten Ansatz, welcher mit der Öffentlichkeit diskutiert werde und den Stadtrat mit einbeziehe.

Herr Oberbürgermeister Hilbert teilt mit, dass die Verwaltung am Ende der Debatte Stellung beziehen werde, um die Verbreitung falscher Informationen zu vermeiden.

Herr Stadtrat Kaniewski wünscht, dass die Verwaltung in seiner Stellungnahme auf die in der Presse aufgetauchten Zahlen eingehen möge. Er bittet die Fraktion Freie Wähler um Prüfung, ob man den vorliegenden Antrag überhaupt aufrechterhalten müsse oder ggf. zurückziehen könne. Die Zahlen, welche man mit dem Ersetzungsantrag fordere seien einsehbar, in der Übertragung der investiven Budgetreste, sofern sie im Haushalt vereinbart wurden. Er halte es für wenig sinnvoll die Verwaltung mit der Erarbeitung einer solch umfassenden Liste zu beauftragen. Er bittet daher um Ablehnung des Antrages und teilt mit, dass die SPD-Fraktion das Verwaltungszentrum befürworte. Weiterhin kritisiert er die Aussagen von Herrn Stadtrat Wirtz. Er ist überzeugt, dass das Projekt eines neuen Verwaltungszentrums ein Gutes sei.

Herr Stadtrat Blödner teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Fraktion Freie Wähler ablehnen werde. Er erklärt, dass man weiterhin zum Neubau des Verwaltungszentrums und der Fortführung der laufenden Prozesse stehe. Er macht deutlich, dass die FDP-Fraktion ein hochwertiges Gebäude wolle, man die Kosten jedoch im Blick behalten müsse. Sinnvoll sei es, dass man im Wettbewerb die Option habe die Kostendisziplin einzuhalten. Wenn man diesen Prozess fortführe habe man ein Verwaltungszentrum an einem zentralen Ort.

Herr Stadtrat Löser erklärt, dass die Verwaltung 1400 Mitarbeiter*innen im neuen Verwaltungszentrum unterbringen wolle. Der Stadtrat müsse sich entscheiden, ob man diesen Prozess konstruktiv begleiten oder destruktiv zerreden wolle. Er versteht die Forderung, dass man bei diesem Projekt die Öffentlichkeit einbinde, schließlich gehe es um 120 Millionen Euro. Die Entscheidung liege beim Rat und er hofft, dass die Entscheidung für das Verwaltungszentrum ausfällt.

Herr Stadtrat Dr. Brauns stimmt den Ausführungen von Herrn Stadtrat Kaniewski und Herrn Stadtrat Löser zu. Er teilt mit, dass die CDU-Fraktion ebenfalls das neue Verwaltungszentrum befürworte. Eine Beteiligung der Bürger*innen hält er für wichtig. Jedoch dürfe man bei der Bürgerbeteiligung nicht über die Grundsatzfrage diskutieren, diese sei bereits entschieden.

Stimme man dem Ersetzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zu, stehe in zukünftigen Beschlusskontrollen im Gegenstand „Verwaltungszentrum Ferdinandplatz – Moratorium Wettbewerblicher Dialog“. Mit dem Ersetzungsantrag habe man aber einen anderen Inhalt. Inhaltlich stimme man dem Punkt 2 des Ersetzungsantrages zwar zu, aus den genannten formalen Gründen werde die CDU-Fraktion den vorliegenden Ersetzungsantrag jedoch ablehnen.

Herr Stadtrat Ladzinski begründet warum der Bau eines neuen Verwaltungszentrums zur jetzigen Zeit ungünstig scheint. Die Anforderungen, die Verwaltung und die Dienstleistungen für die Bürger*innen zentral, verkehrsgünstig und konzentriert unterzubringen, könne man durch ein bereits bestehendes, angemietetes Objekt noch besser erfüllen. Es sei nicht nachvollziehbar, warum man ein Tochterunternehmen verschulden wolle, um neue Büroflächen zu bauen. Dabei habe man gleichzeitig ein anderes Tochterunternehmen bei welchem Büroflächen leer stehen. Der vorliegende Antrag sei nicht zielführend. Im Gegenstand wirbt man mit einem Moratorium, im Beschlusstext fordere man jedoch lediglich Kostentransparenz. Durch die derzeitige Informationspolitik des Rathauses fehle es an dieser Kostentransparenz. Aus diesem Grund werde die AfD-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain erläutert und begründet detailliert die Aufstellung der Kosten. Mit dem neuen Verwaltungszentrum baue man einen Ort der Kommunikation, einen Ort der Bürgerbeteiligung, ein Veranstaltungszentrum und die Ausstellung des Stadtmodells. Man wolle einen Kulturwandel innerhalb der Stadtverwaltung, weg von Ämterhierarchie und starrer Versäulung der Verwaltung hin zu einem Prozess der informellen Kommunikation. Das WTC-Gebäude sei nicht dazu geeignet die Ansprüche, welche man für das zukünftige Verwaltungsarbeiten formuliert habe, zu erfüllen. Man werde der Öffentlichkeit die finalen Entwürfe vorstellen, sich ein Feedback abholen und dieses in die Entscheidung einfließen lassen. Er bedauert, dass diesem Projekt ausschließlich Kritik entgegengebracht werde.

Herr Stadtrat Wirtz weist den Vorwurf zurück, er habe aus geheim zuhaltenden Unterlagen zitiert. Ausschließlich aus öffentlichen Vorlagen und öffentlichen Ausschreibungsunterlagen habe er zitiert. Er geht auf die Aussagen seiner Vorredner ein und widerlegt diese. Er bittet um eine Versachlichung der Diskussion.

Herr Bürgermeister Dr. Lames weist in aller Deutlichkeit darauf hin, dass die Geheimhaltung eine unverzichtbare und sehr streng zu handhabende Rechtmäßigkeitsvoraussetzung für dieses Verfahren sei. Erfahren die Bieter*innen zu früh von den Lösungen und Ansätzen, welche in den Wettbewerblichen Dialog eingebracht wurden, drohe das gesamte Verfahren zu scheitern. Für die Landeshauptstadt Dresden würde das einen Millionenschaden verursachen. Die Bürgerbeteiligung erfolgt nach Abschluss der Angebote.

Herr Stadtrat Nitzsche bedankt sich für die sachliche Diskussion zum vorliegenden Antrag. Er gibt einige Anmerkungen, welche sich auf die Aussagen seiner Vorredner beziehen und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ersetzungsantrag der Fraktion Freie Wähler mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt der ablehnenden federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen mit 54 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 16 Nein 54 Enthaltung 0

8.3 Fortschreibung des Straßenbaumkonzeptes der Landeshauptstadt Dresden

**V0241/20
beschließend**

Herr Stadtrat Engel weist auf die Attraktivität von Straßenbäumen fürs Stadtbild hin. Hierzu geht er auf die Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung) und die dort eingebrachte Änderung ein, die in der Beschlussempfehlung aufgenommen worden sei. Die Baumpflanzungen sehe er als generelle Aufgabe, die vorangetrieben werden müsse. Die entsprechenden Mittel für Baumpflanzungen müssen in den nächsten Haushalten eingestellt werden.

Frau Stadträtin Dagen bringt den Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler ein und verweist auf ihre Rede zur Aktuellen Stunde unter TOP 4.

Herr Stadtrat Dr. Deppe erinnert an einen Stadtratsbeschluss zu einem Straßenbaumkonzept aus 2009, welches vorsehe die Zahl der Straßenbäume von damals 49 000 auf 77 000 zu steigern. Bis heute habe man es etwa auf 55 000 Straßenbäume gebracht. Des Weiteren geht er auf die umweltrechtlichen Aspekte ein, auf die Bäume einen positiven Einfluss haben. Da man keinen Vorgriff auf den Haushalt vornehmen dürfe, könne man dem Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler formal nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Böhme erklärt, der Erhalt und die Neupflanzungen von Bäumen insbesondere von Straßenbäumen sei der CDU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Seit 2009 erfolgte keine Fortschreibung des Straßenbaumkonzeptes. Angesichts von deutlich sichtbaren Lücken beim Straßenbegleitgrün, von vorhandenen Baumschäden und überwärmten Innenstadtbereichen bedarf es dringend eines Ersatzes von fehlenden und geschädigten Bäumen und Neupflanzungen. Das Konzept von 2009 hatte seinen Fokus besonders auf das Hauptstraßennetz gelegt. Es sei gut, dass nun auch das Straßennebensatz betrachtet werde. Für die Umsetzung des Konzeptes im Hauptstraßennetz werden ca. 36 Mio. Euro und im Nebenstraßennetz ca. 8,5 Mio. Euro veranschlagt. Die CDU-Fraktion werde dem Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Gilke verweist auf die einstimmige federführende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen

sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung). Auf Grund der gezeigten Einigkeit bedarf es keiner weiteren Diskussion. Er beantragt das Ende der Debatte.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte mehrheitlich ab.

Frau Stadträtin D. Gaitzsch bemerkt, dass die Fraktion DIE LINKE. die Leitlinie des Konzeptes unterstütze. Unter den Bedingungen anhaltender Trockenheit sei ebenfalls das Engagement der Bewohner*innen notwendig. Eine interessante Initiative, die begrüßt werde, seien Baumpflanzungen von Schüler*innen, bei denen nachhaltig die Übernahme der Pflege der gepflanzten Bäume übernommen werde. Der Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler wird von der Fraktion DIE LINKE. nicht mitgetragen.

Herr Stadtrat Lichdi würde die Pflanzung einer Strauchschicht unter den Bäumen für die ökologische Wirksamkeit begrüßen. Wenn man in Zeiten des Klimawandels und der Klimakatastrophe über Mikroklimatisierung rede, benötige es kleine Wäldchen und Parkerweiterungen. Bei den bestehenden Parks müsse der Baumbestand verdichtet werden. Er geht auf gute Beispiele ein, bei denen Begrünung im Wohnungsbau integriert worden sei.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Freie Wähler mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung) mit 68 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Die Fortschreibung des Straßenbaumkonzeptes wird bestätigt.
2. Alle Maßnahmen werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf Grundlage der in den jeweiligen Haushaltsjahren beschlossenen Haushaltssatzung umgesetzt.
3. Das Straßenbaumkonzept ist als Fachplanung in die Abwägung der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung, bei allen Verkehrsbaumaßnahmen sowie allen den öffentlichen Verkehrsraum tangierenden Baumaßnahmen einzubeziehen, Baumerhalt und Neupflanzungen sind als Planungsprämissen aufzunehmen.
4. Die ämterübergreifende Arbeitsgruppe mit Versorgungsunternehmen bleibt unter der Leitung des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft als Projektgruppe bestehen. Die Arbeitsgruppe qualifiziert und präzisiert das Konzept mit den derzeit bestehenden Rahmenbedingungen und begleitet dessen Umsetzung. Schwerpunkt hierbei sind Regelungen zu Mindest-

gehwegbreiten und Überpflanzungsmöglichkeiten von Leitungen sowie zum zweiten Rettungsweg, um weitere Pflanzstandorte insbesondere in überwärmten Stadtgebieten zu akquirieren. Jährlich wird über die Umsetzung dem Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft berichtet.

5. Hauptstraßen sind mit mindestens zwei Baumreihen und Nebenstraßen mit mindestens einer Baumreihe zu bepflanzen. Sollten Mindestdurchgangsbreiten, Leitungslagen und stadtgestalterische Belange dagegensprechen, führt die Projektgruppe eine Entscheidung herbei. Baumpflanzungen in überwärmten Stadtgebieten haben höchste Priorität.
6. Bei jedem grundhaften Straßenausbau sind Bestandsbäume zu schützen und zu sanieren, Lücken zu schließen oder neue Baumreihen einzuordnen.
7. Die Einordnung neuer Baumstandorte ist auch bei Neuordnungen des Verkehrsraumes ohne bauliche Eingriffe grundsätzlich zu prüfen. Das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft ist mit einzubeziehen. Das betrifft insbesondere Stellplatzneuordnung und Änderungen des Richtungsverkehrs.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Ziel einer möglichst hohen Straßenbaumzahl, auch bei Gehwegen mit einer Breite von unter 2,40 m eine Regellösung für Ergänzungspflanzen zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 68 Nein 0 Enthaltung 0

8.4	Einführung der 5G-Technologie in Dresden – Bürger umfassend beteiligen und entscheiden lassen	A0002/19 beschließend
------------	--	----------------------------------

Vertagung

8.5	Bäume für Dresden - Förderprogramm zur Schaffung von zusätzlichem Stadtgrün auf privaten Flächen	A0006/19 beschließend
------------	---	----------------------------------

Vertagung nach 22 Uhr

8.6	Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Beräumung von Verkehrshindernissen (E-Scootern)	A0010/19 beschließend
------------	--	----------------------------------

Vertagung nach 22 Uhr

8.7 Elektrokleinstfahrzeuge in Dresden **A0031/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

8.8 Wald erfahren – Waldpädagogisches Zentrum in der Dresdner Heide etablieren **A0035/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

8.9 Weiterentwicklung der Förderung des bürgerlichen Engagements **A0065/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

8.10 Ein Netz für alle - Bildungsgerechtigkeit in Dresden fördern **A0071/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

8.11 Temporäre Außerkraftsetzung der Regelung zur jährlichen Anpassung der Entschädigungshöhe in der Satzung der Landeshauptstadt Dresden über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger **A0086/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

8.12 Corona-bedingte Anpassung der Pauschalentschädigungen für Stadträte **A0074/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

8.13 Stärkung des Wirtschaftsstandortes Dresden **A0080/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

- 8.14 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Dresden für die Jahre 2021 und 2022** **A0096/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

- 8.15 Sozialen Wohnungsbau mit ökologisch und städtebaulich innovativem Quartier voranbringen - Aufstellungsbeschluss für Globus-Markt am Leipziger Bahnhof aufheben** **A0597/19**
beschließend

Vertagung

- 8.16 Neue Wohnbauflächen in der Neustadt entwickeln!** **A0611/19**
beschließend

Vertagung

- 8.17 Umplanung Magdeburger Straße: Zwei MIV-Spuren reichen - Straßen für Alle durch rationale Verkehrsplanung** **A0613/19**
beschließend

Vertagung

- 8.18 Einrichtung von eingezäunten Hundeparks/-spielplätzen in der Landeshauptstadt Dresden** **A0632/19**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

- 9 Zulassung von Feuerwerken in Dresden** **A0100/20**
beschließend

Vertagung nach 22 Uhr

- 10 Verlängerung des 586. Striezelmarktes im Jahr 2020** **A0108/20**
beschließend

Herr Stadtrat Zastrow zeigt seine Befangenheit zum TOP 10 und 11 an. Er verlässt den Raum und nimmt somit weder an der Debatte noch an der Abstimmung teil.

Herr Arendt, IHK Dresden, erklärt, dass man in der Hotellerie Branche mit Umsatzrückgängen von bis zu 50 % bis Jahresende rechne. Das Reisegruppengeschäft sei seit Frühjahr praktisch tot,

darunter leiden besonders die ganzen Dresdner Gästeführer, da es keine Reisegruppen zum durch die Stadt führen gebe.

Seit März gebe es keine Großveranstaltungen, Kongresse, Konzerte oder Messen und Geschäftsreisen seien stark eingeschränkt. Man gehe davon aus, dass sich bis Ende nächsten Jahres der Deutschlandtourismus auf dem Niveau des Vorjahres einpendeln werde – davon ausgehend, dass keine weitere Corona-Welle kommt. Europäischer Tourismus finde frühestens Ende 2022, Übersehtourismus im Jahr 2023. Dresden brauche dringend Reiseanlässe wie z. B. der Dresdner Striezelmarkt und die anderen Weihnachtsmärkte. Er verweist auf ein Schreiben an die Fraktionen und Stadträt*innen mit Zahlen und Fakten, um auf die außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung der Weihnachtsmärkte hinzuweisen. Die Weihnachtsmärkte seien die einzige große Veranstaltung, die in Dresden in diesem Jahr stattfinden werde. Daher halte er es für wichtig, dass dieser Weihnachtsmarkt ausnahmsweise früher beginne. Es helfe auch jeder einzelne Tag, den man die Weihnachtsmärkte länger öffnen könne, um den Umsatz zu steigern.

Herr Stadtrat Vetterlein unterstützt die Aussagen, wie wichtig die Dresdner Weihnachtsmärkte und vor allem der Striezelmarkt für den Tourismus und die Wirtschaft sei. Die AfD-Fraktion werde den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen.

Herr Stadtrat Schollbach stellt klar, dass niemand sicher sagen könne, ob im November/Dezember ein Weihnachtsmarkt durchgeführt werden könne oder nicht. Er bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum TOP 10 ein. Zur Dauer der Weihnachtsmärkte verweist er auf eine ausführliche Stellungnahme des Rechtsamtes. Des Weiteren halte er es für richtig, den Striezelmarkt am 23. November 2020 nach dem Totensonntag beginnen zu lassen, so dass die Fraktion DIE LINKE. der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung folgen werde. Eine Verlängerung der thematischen Weihnachtsmärkte sei laut der Stellungnahme des Rechtsamtes rechtswidrig.

Frau Stadträtin Sturm erklärt, dass die SPD-Fraktion der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung unter TOP 10 zustimmen werde. Zum TOP 11 bringe sie den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Bei der nächsten Ausschreibung der Weihnachtsmärkte müsse man auf ein Höchstmaß an Flexibilität achten.

Herr Stadtrat Malorny bemerkt, dass der Beschluss nur Rechtswidrig sei, wenn jemand dagegen klagen würde. Jedoch werde das keiner der beteiligten Akteure tun. Er appelliert an die Mitglieder des Stadtrates, in diesem Jahr für die Weihnachtsmärkte eine Ausnahme zu machen. Auf Grund der ganzen Veränderungen besteht auch die Möglichkeit, dass so oder so grundsätzlich eine neue Ausschreibung stattfinden müsse. Er bittet um Zustimmung des Originalantrags der FDP-Fraktion.

Herr Stadtrat Genschmar erklärt, es sei durch Corona eine schwierige Situation. Die Fraktion Freie Wähler werde sowohl unter TOP 10 als auch TOP 11 den Originalanträgen und damit der Verlängerung der Weihnachtsmärkte einmalig zustimmen.

Frau Stadträtin Filius-Jehne bittet Herrn Bürgermeister Dr. Lames auf das Rechtsgutachten einzugehen und zu erläutern, was rechtswidrig wäre, wenn der federführenden Beschlussempfehlung in Gänze zugestimmt werden würde. Des Weiteren möchte sie eine Aussage von Herrn Oberbürgermeister Hilbert, ob er dem Beschluss zu der Verlängerung der thematischen Weih-

nachtmärkte widersprechen würde, sollte er wie, vom Ausschuss für Wirtschaftsförderung vorgeschlagen, beschlossen werden.

Herr Stadtrat Kaden meint, dass der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum TOP 11 nicht beschlossen werden müsse, da die Verwaltung selbst an dem Problem arbeite. Des Weiteren gehe es derzeit darum, wann die Weihnachtsmärkte öffnen und schließen dürfen/müssen. Er heißt es nicht gut, das Thema mit der Thematik Hygienekonzept zu verbinden. Die Idee der Verlängerung trage die CDU-Fraktion mit. Man könne sich vorstellen, dass der Striezelmarkt zwischen dem 23.11.2020 bis zum 24.12.2020 und die thematischen Weihnachtsmärkte vom 23.11.2020 bis zum 03.01.2020 geöffnet werden können. Die Öffnung vor dem Totensonntag werde von der CDU-Fraktion nicht mitgetragen. Zum TOP 10 werde die CDU-Fraktion der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung zustimmen. Er stellt den Antrag zum TOP 11 nicht über die federführende Beschlussempfehlung für Finanzen, sondern ebenfalls über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung abzustimmen.

Herr Stadtrat Malorny bittet um eine 5-minütige Auszeit vor der Abstimmung. Des Weiteren möchte er zum TOP 10 und 11 die im Original vorliegenden Anträge als Abstimmungsgrundlage nutzen.

Herr Stadtrat Hannig weist darauf hin, nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den touristischen Aspekt zu betrachten. Eine Verlängerung der Märkte um drei Tage erlaubt es den Arbeitgebern nicht, Pauschalkräfte einzustellen oder zusätzliche Leute zu akquirieren, da man für die drei Tage keine Arbeitskräfte bekomme. Wenn man die Weihnachtsmärkte verlängert, dann richtig.

Frau Stadträtin Filius-Jehne halte die Änderungen aus dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung für einen denkbaren Kompromiss.

Aus der Debatte heraus weist **Herr Stadtrat Schollbach** darauf hin, dass er den rechtlichen Stellungnahmen der Stadtverwaltung mit größtem Misstrauen begegne. Der Stellungnahme des Rechtsamtes zur Verlängerung der Weihnachtsmärkte überzeuge ihn jedoch.

Herr Oberbürgermeister Hilbert informiert zum Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zum TOP 10, dass nach derzeit geltender Corona-Schutzverordnung ein Hygienekonzept für die Weihnachtsmärkte erstellt werden muss. Die Corona-Schutzverordnung ende jedoch zum 2. November 2020, so dass es keine gültige Rechtsverordnung auf dem man ein Hygieneschutzkonzept erstellen könne. Man könne sich lediglich mit der jetzt geltenden Corona-Schutzverordnung auseinandersetzen und daraufhin konzeptionelle Überlegungen anstreben. Zum TOP 10 weist er darauf hin, dass man im Rahmen der Ausschreibungen bis zu 10 % Abweichungen realisieren. Der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung könne er zustimmen. Einer Öffnung der Weihnachtsmärkte vor dem Totensonntag werde er nicht mittragen. Bei den thematischen Weihnachtsmärkten sei die Situation etwas modifizierter, da diese unter Rahmenbedingungen ausgeschrieben worden seien und sich für jeden thematischen Markt jeweils nur einen Bieter gemeldet habe. Die Beschlüsse werden nach der Beschlussfassung beide rechtlich geprüft. Sollte man zum TOP 11 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung folgen, müsse dem Beschluss nicht zwingend widersprechen.

Auszeit

Herr Stadtrat Schollbach zitiert aus der Stellungnahme des Rechtsamtes vom 3. September 2020 und richtet an den Beigeordneten für Finanzen, Personal und Recht die Frage, ob diese Einschätzung des Rechtsamtes gilt oder ob sich zwischenzeitlich Änderungen ergeben haben. Er gibt die Anmerkung, dass bei Gültigkeit der Einschätzung des Rechtsamtes, die Landesdirektion diesen Beschluss beanstanden könne.

Herr Bürgermeister Dr. Lames erklärt, dass ein Einschreiten der Rechtsaufsicht in ihrem Ermessen liege. Herr Oberbürgermeister Hilbert habe seinen Standpunkt dargelegt. Es gebe Regeln, diese gelten für den Stadtrat sowie für das öffentliche Wirtschaftsrecht. Diese werden auch durch die Corona-Pandemie nicht außer Kraft gesetzt.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung über den Originalantrag mehrheitlich ab.

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke. mit 18 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen, und 15 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung mit 66 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Laufzeit des 586. Striezelmarktes infolge der Corona-Krise zu verlängern. Er findet in diesem Jahr vom 23. November bis zum 24. Dezember statt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 66 Nein 2 Enthaltung 3

**11 Verlängerung der thematischen Weihnachtsmärkte Dresdens im
Jahr 2020**

**A0109/20
beschließend**

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung über den Originalantrag mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt dem Geschäftsordnungsantrag, die federführende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung als Abstimmungsgrundlage zu nehmen mit 54 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt der federführenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung mit 47 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Frau Stadträtin Filius-Jehne gibt eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten ab.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den konzessionierten Weihnachtsmärkten und den Weihnachtsmärkten mit Sondernutzungserlaubnis infolge der Corona-Krise die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung der Marktzeit für die kommende Marktsaison einzuräumen. Die Weihnachtsmärkte können vom 23. November 2020 bis zum 3. Januar 2021 stattfinden. Am 1. und am 2. Weihnachtsfeiertag bleiben die Weihnachtsmärkte geschlossen. Zusätzliche Sondernutzungsgebühren oder Konzessionsabgaben erhebt die Stadt bei Inanspruchnahme der Verlängerungsoption nicht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 47 Nein 20 Enthaltung 3

12 Rettung der Sächsischen Dampfschiffahrt

**A0111/20
beschließend**

zurückgezogen

Dirk Hilbert

Manuela Gertig
Gruppenleiterin

Dr. Margot Gaitzsch
Stadträtin

Holger Hase
Stadtrat

